

**Dr. Pia Nordblom**

## **Außenpolitik im Kleinen? Kommunale Städtepartnerschaften als Friedensarbeit**

Gedenkstunde für den Frieden am Volkstrauertag

16.11.2008, Rathaus Greven, 11.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Prof. Korfsmeier, sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen des öffentlichen Lebens, sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, Herr Prof. Korfsmeier, stellvertretend für Herrn Bürgermeister Vennemeyer für die freundliche Einladung nach Greven, der ich gerne gefolgt bin. Als Historikerin freue mich ganz besonders, wenn Forschungsergebnisse meiner Profession nachgefragt werden und unser Berufsstand dazu beitragen kann, durch den Blick auf vergangene Zeiten die Sinne zu schärfen für Orientierung in gegenwärtigen Belangen des öffentlichen Lebens.

Erst vor wenigen Wochen haben Sie in Greven gemeinsam mit zahlreichen Gästen aus Montargis mit einer Fülle von Veranstaltungen das vierzigjährige Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Montargis und Greven gefeiert. Dabei haben Sie Menschen der unterschiedlichsten Interessen und Altersgruppen aus beiden Städten zusammengeführt und Ihnen gemeinsame Erlebniswelten z.B. in der Musik oder im Sport geschaffen. Manch ein Grevener bemüht sich um Französischkenntnisse, manche Schüler fassten sich bei diesen Begegnungen ein Herz, ihre in der Schule erworbenen Fähigkeiten im Französischen einmal zwanglos auszuprobieren.

Aber: Was haben diese Bemerkungen zu diesem fröhlichen Festwochenende in Greven mit dem eigentlichen Anlass unseren heutigen Zusammenseins zu tun? Geht es denn heute nicht darum, den Volkstrauertag würdig zu begehen? Ist der Volkstrauertag traditionell nicht ein Tag, der die öffentlichen Honoratioren fortgeschrittenen Alters in dunkle Anzüge zwingt, eine Feierlichkeit, bei der sie mit ernsten Gesichtern pflichtbeflissen einer national-patriotischen Gedenkrede des Bürgermeisters lauschen und das Gedenken mit einer Kranzniederlegung bei Trompetensolo an einem im übrigen Jahr zumeist unbeachteten Denkmal endet? Mit der zunehmenden zeitlichen Entfernung vom Zweiten Weltkrieg haben immer weniger Menschen persönliche Erinnerungen an Kriegstote in der eigenen Familie und im engeren Umfeld. Daher verkam dieses Ritual des Gedenkens in unserer so lange glücklich friedensverwöhnten Bundesrepublik, das ich hier klischeehaft überzeichnet habe, zunehmend für viele jüngere Menschen allmählich zur inhaltsleeren Floskel. Indessen, dies lehrt uns die Erfahrung der letzten Wochen und Monate, werden wir uns offenbar wieder daran gewöhnen müssen, dass deutsche Soldaten bei Einsätzen in Krisenregionen ums Leben kommen. Afghanistan mag hier als Stichwort genügen. Eine neue Art des Gedenkens wird sich daraus entwickeln müssen.

Doch schauen wir etwas genauer hin: Sie haben sich in Greven schon vor Jahren vor einer zementierten und ausschließlich rückwärtsgewandten Gedenkkultur alten Stils verabschiedet. An deren Stelle haben Sie die Gedenkstunde des Friedens gesetzt. Nicht der nationale Blick, die Perspektive auf den einzelnen Toten als Angehöriger der deutschen Nation oder auf die ganze Nation steht im Mittelpunkt Ihres Gedenkens, sondern das Bewusstsein, dass Menschen der Wunsch nach Frieden ungeachtet ihrer Nation eigen ist.

Dass die Anerkennung von Menschenrechten eine unveräußerliche Voraussetzung von Frieden ist, darüber war sich schon die Generalversammlung der Vereinten Nationen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges einig. Sie hielt daher dieses Postulat gleich im ersten Halbsatz der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 fest. Doch gleichzeitig nahmen die Regierungsvertreter auch die Staatenwelt in die Pflicht, indem sie als Ziel festschrieben, „die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern“. Ein Menschenrecht auf Frieden – eine Verpflichtung der Nationen, ihre Beziehungen freundschaftlich zu gestalten – so könnte man den Wunschzustand auf weltinternationalem Parkett 1948 beschreiben.

Dr. Pia Nordblom: Außenpolitik im Kleinen? Kommunale Städtepartnerschaften als Friedensarbeit  
Gedenkstunde für den Frieden, Greven, 16.11.2008

© Dr. Pia Nordblom

Für Deutschland, bzw. ab 1949 für Westdeutschland bedeutete dieses hehre Postulat in den Zeiten des beginnenden Kalten Krieges das Zusammengehen mit Frankreich als unmittelbarem Nachbarn im Westen, mit dem man 448 km gemeinsame Grenze teilt. Dabei waren die Beziehungen zutiefst belastet: Die deutsch-französische Erbfeindschaft war seit den napoleonischen Kriegen in den Köpfen und Herzen vieler Menschen auf beiden Seiten der Grenzen einzementiert. Ernst Moritz Arndt beispielsweise hatte 1812 in seinem „Vaterlandslied“ die Waffen in Versform geschmiedet:

„Wir wollen heute Mann für Mann  
Mit Blut das Eisen röten,  
Mit Henkerblut, Franzosenblut –  
O süßer Tag der Rache!  
Das klinget allen Deutschen gut  
Das ist die große Sache.“

Die Zeiten des sich verstärkenden Nationalismus im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und schließlich der übersteigerte Nationalismus der beiden Weltkriege haben sich indessen nach dem Zweiten Weltkrieg bekanntermaßen grundlegend geändert. Heute können wir auf der staatlichen Ebene von einer stabilen Interessengemeinschaft Deutschlands und Frankreichs in substanziellen politischen Fragen sprechen. Manche vergleichen die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit einer Liebesheirat, andere sprechen dagegen nüchterner von einer Vernunfteh.

Konrad Adenauer und Charles de Gaulle werden gemeinhin als Adam und Eva dieser Ehe gesehen, die die westdeutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen grundlegten. Der Élysée-Vertrag von 1963, der ein enges Zusammenwirken der beiden Staaten in Außen- und Sicherheits-, Erziehungs- und Jugendfragen festschrieb, galt als Geburtsstunde der „Erbfreundschaft“, denn die Anfänge waren zunächst schwierig, standen doch viele Franzosen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges Deutschen mit erheblicher Reserve gegenüber. Als Wilhelm Hausenstein als erster bundesdeutscher Generalkonsul am 20. Juli 1950 seinen Antrittsbesuch im Quai d'Orsay, dem französischen Außenministerium, machte, stand ihm eindringlich vor Augen, dass es nun darum ginge, diesen „noch schmalen Steg... langsam, unaufdringlich, ja unmerklich in eine gangbarere Brücke zu verwandeln.“ Wurde der Friede zwischen der Bundesrepublik und Frankreich aber tatsächlich nur von Politikern und Diplomaten gemacht? Lange schien es selbst den Historikern so, doch heute wissen wir es besser: Denn das Engagement für den Frieden lag nicht nur in die Verantwortung von ranghohen Staatsmännern und oder Diplomaten, sondern dieses Bemühen wuchs auch im Kleinen und trug Früchte bei Privatpersonen und bei Kommunen als kleinsten Einheiten des politischen Lebens.

Heute sehen wir, dass der Élysée-Vertrag auf einem Zustimmungsfundament vieler zumeist unverbundener Einzelinitiativen fußte. Sie wurden angestoßen von sehr verschiedenen Kreisen der Bevölkerung und entsprangen oft ganz unterschiedlicher Motivation: Am bekanntesten sind sicher die großen „Begegnungsorganisationen“, wie beispielsweise die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit oder das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg. Bekannte Mittler zwischen beiden Gesellschaften, die oft biographisch mit beiden Kulturen eng vertraut waren, wie Joseph Rovon oder bis heute Alfred Grosser sind hier gleichfalls zu nennen.

Einen wichtigen, bis heute oft unterschätzten Anteil am Neuaufbau der deutsch-französischen Beziehungen erwuchs indessen aus Privatkontakten, die oftmals auf Erfahrungen aus den Jahren des Zweiten Weltkrieges zurückgingen. Die erste deutsch-französische Partnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard, 1950 begründet, war beispielsweise der Initiative des ersten Leiters des 1948 gegründeten deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Fritz Schenk, und dem Bürgermeister von Montbéliard, Lucien Tharradin, zu verdanken – letzterer war Kriegsgefangener gewesen und war als Widerstandskämpfer nach Buchenwald deportiert worden. Etliche ehemalige Soldaten oder vormalige Kriegsgefangene begriffen es als ihre Aufgabe, nach den Erlebnissen des Krieges einen ganz persönlichen Beitrag zu einem „Nie wieder!“ zu leisten und Kontakte zu Franzosen, bzw. Deutschen, die sie in diesen Jahren geknüpft hatten, aufrechtzuerhalten. Manche vormalige Zwangsarbeiter unterhielten Kontakte

Dr. Pia Nordblom: Außenpolitik im Kleinen? Kommunale Städtepartnerschaften als Friedensarbeit  
Gedenkstunde für den Frieden, Greven, 16.11.2008

nach Kriegsende. Kirchliche Kreise setzten ihre oftmals als Kriegsseelsorge begonnenen Kontakte fort, französische Katholiken beteiligten sich beispielsweise an der Finanzierung einer Kirche, die als Zeichen der Versöhnung und als Manifestation des christlichen Abendlandes 1953/54 in der Kaiserstadt Speyer errichtet wurde – dicht an der deutsch-französischen Grenze und auf der so lange zwischen Deutschland und Frankreich umkämpften linken Rheinseite. Selbst in Klein- und Mittelstädten bildeten sich oft bürgerliche Zirkel, die nicht selten zur Grundlage von deutsch-französischen Gesellschaften wurden – die größeren von ihnen finden sich nicht selten bis heute in Städten, in denen französische Besatzungssoldaten stationiert waren.

Wenn wir in der Forschung derzeit noch nicht in der Lage sind, eine Art Kartographie dieser zivilgesellschaftlichen Impulse und ihrer zeitlichen Entwicklung zu zeichnen, so können wir doch sagen, dass diese eher privaten Zirkel und Initiativen in vielen Fällen zu Boten in den politischen Raum wurden, weil sie auf lokaler und städtischer Ebene die Entwicklung von Städtepartnerschaften angebahnt und befördert haben. Ihr Fall in Greven bestätigt dieses Muster in klassischer Weise: Mit Georges Lalu hat 1962 ausgerechnet ein vormaliger französischer Kriegsgefangener die Hand zur Versöhnung ausgestreckt, auf Greven Seite die ehemaligen Soldaten Mathias Wendker und Aloys Wähning. Nach tastenden Schritten und einer für Städtepartnerschaften nicht unüblichen „Verlobungszeit“ von einigen Jahren wurde schließlich 1968 die Partnerschaft aus der privaten Initiative in den öffentlichen Raum hineingetragen und offiziell besiegelt.

Städtepartnerschaften, so lehren uns die Schilder, die wir in unzähligen Ortseingängen in Deutschland und Europa finden, können heute insgesamt als noch wenig erforschte, aber „stumme Zeugen der kommunalen Erfolgsstory der Nachkriegszeit“ in Westeuropa, vor allem aber zwischen Deutschland und Frankreich gelten. Sie sollten, wie es 1952 ein Vertreter beim Kongress der Internationalen Bürgermeisterunion in Innsbruck 1952 formulierte, das Zusammenarbeiten von „Mensch zu Mensch“, die bessere Kenntnis und das bessere Verständnis füreinander fördern, um Grundlagen für Volkerverständigung zu legen.

Wenngleich sich schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen vereinzelt Kommunalpolitiker für bilaterale Verständigungsorganisationen engagierten, so blieben dies doch Ausnahmen. In der Zeit der Weimarer Republik war internationale Verständigung keine Aufgabe von Kommunalpolitik. Ein schnell gescheiterter Versuch in Richtung einer Städtepartnerschaftsbewegung ging im März 1923 von Boston (USA) aus. Dort versuchten Privatleute, durch sog. „Bruderbünde“ von Städten in Europa und den USA internationale Spannungen abzubauen. Auch im deutschen Kontext wird gerne von Vorläufern der Städtepartnerschaftsbewegung in der Zwischenkriegszeit gesprochen. Die Verbindungen zwischen Kiel und Sonderburg (1925) oder Wiesbaden und Klagenfurt (1930) seien nur als Beispiele erwähnt – doch waren dies in aller Regel nicht Städtepartnerschaften, sondern Städtepatenschaften. Sie dienten alleine dem Ziel der Deutschtumsförderung in Gebieten, die Deutschland nach den Friedensregelungen des Ersten Weltkrieges abgetreten hatte. Nicht Volkerverständigung, sondern Festigung von Volkstum in andersnationaler, als feindlich geltender Umgebung war das Ziel. In anderer Form wurden diese Städtepatenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg neuerlich aufgegriffen, indem Kommunen und Länder in enger Zusammenarbeit mit Landsmannschaften der Vertriebenen Patenschaften zu deren Herkunftsstädten und -regionen begründeten. Diese schlugen sich oftmals auch in Straßenbezeichnungen nieder. In den fünfziger Jahren überwog die Zahl der sog. „ostdeutschen Patenschaften“ die Zahl der Städtepartnerschaften zu Westeuropa um ein Vielfaches, doch ging ihre politische Bedeutung seit den 60er Jahren zurück.

Der Anfang der eigentlichen Städtepartnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg war dagegen ein eher schwieriges Geschäft und nichts deutete darauf hin, dass im Jahr 2003 nahezu 2.500 Partnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich bestehen würden und drei von vier Deutschen und Franzosen in einer Gemeinde leben würden, die eine Partnerschaft unterhielt: Wenige Partnerschaften vor der Gründung der Bundesrepublik, ein zögerliches Anlaufen in den 50er Jahren, einen ersten Höhepunkt gerade der deutsch-französischen Städtepartnerschaften in den 60er Jahren, zu dem auch Greven

Dr. Pia Nordblom: Außenpolitik im Kleinen? Kommunale Städtepartnerschaften als Friedensarbeit  
Gedenkstunde für den Frieden, Greven, 16.11.2008

© Dr. Pia Nordblom

beitrug, gefolgt von einer Krise in den 70ern und schließlich eine neue Blüte seit den 80er Jahren und eine gewisse Ermattung, Gewöhnung und Enteuphorisierung in den letzten Jahren markieren die wichtigsten Etappen in der Entwicklung der Städtepartnerschaften. Auf der inhaltlichen Ebene dominieren in den unmittelbaren Nachkriegsjahren individuelle Versöhnungsintentionen, seit den 50er Jahren dann das Bemühen um Verständigung, bis Mitte der 70er Jahre der Versuch, ein Stück weit gemeinsamen Alltag herzustellen, danach bis zum Ende der alten Bundesrepublik der langsame Abschied von einer Partnerschaftspolitik, in der Symbole dominierten und abgelöst von der Ausrichtung gemeinsamer Projekte sowie schließlich seit der Wende 1989 die Orientierung auf Partnerschaften mit Osteuropa und eine Hinwendung zu gesamteuropäischen Initiativen.

Es bleibt die Frage, ob die Städtepartnerschaften gewissermaßen im Windschatten der Politik geschlossen wurden, Politik also nachvollzogen haben – oder ob sie – und dies wäre die Gegenthese – gleichsam friedensstiftend Politik vorbereitet und als Türöffner gewirkt haben. Für die deutsch-französischen Beziehungen kann man feststellen, dass der Abschluss des Élysée-Vertrags 1963 auf einem Zustimmungsfundament vieler Personen und Zirkel beruhte. Die mehr als 100 bis dahin bestehenden deutsch-französischen Städtepartnerschaften boten einen wichtigen Resonanzraum, der die öffentliche Akzeptanz dieses Vertrages innergesellschaftlich absicherte. Städtepartnerschaften waren eine vergleichsweise frühe und sind bis heute eine ganz besondere Form von breit verankerten gesellschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Sie belegen eine Europäisierung von unten und bestätigen auf ihre Weise den Befund, dass die Zahl der Akteure auf internationalem Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich zugenommen hat und dass auch die Kommunen mittlerweile ein Stück weit eigenständige Akteure auf dem internationalen Feld sind. Dabei konnten ihre Initiativen vor allem in den Zeiten des Kalten Krieges von nationaler Außenpolitik instrumentalisiert werden – hier sei nur an die Kuriosität erinnert, dass in Einzelfällen kommunistische Stadtführungen in Frankreich eine Partnerschaft mit einer Stadt der DDR begründeten, die dann beim nächsten Machtwechsel die neue Stadtspitze in Kalamitäten brachte.

Kommen wir zum Schluss und zur Frage: Wie soll es weitergehen mit dem Erfolgsmodell „Städtepartnerschaften“?

Die Pflege der gewachsenen Beziehungen und das Einbeziehen möglichst weiter Bevölkerungsgruppen in die Partnerschaften sind unabdingbar. Gerade die vielen Begegnungen haben uns schnell lernen lassen, wie vielschichtig und bunt es nicht nur bei uns selbst, sondern auch bei unseren Nachbarn zugeht. Lassen Sie uns daher im Plural sprechen, nicht von „Deutschland“ und „Frankreich“, sondern von „Deutschen“ und „Franzosen“, lassen Sie uns die Menschen, die Individuen sehen und sichtbar machen, hinter all diesen doch immer nur falschen Gruppenzuschreibungen.

Jetzt sind wir aber neu gefordert:

Lassen Sie uns hinter den neuen toten Soldaten der Bundesrepublik und ihren Gegnern die Individuen nicht vergessen – lassen Sie uns als Bürger, als Privatpersonen oder als kommunale Amtsträger neuerlich überlegen, wie wir in unserem so eingeschränkten Wirkungsfeld einen neuen Resonanzraum schaffen können, der nationale, europäische oder Weltpolitik dazu bringt, friedensstiftend in diesen für uns so unüberschaubaren neuen Konfliktlagen zu wirken. Unsere heutigen Probleme und Friedensbedrohungen verlaufen nicht mehr entlang unserer engeren Nachbarschafts- und nationalen Grenzen, sondern fordern unsere in der Moderne so mühsam erworbenen Wertvorstellungen (Demokratie, Menschenrechte) heraus. Außenpolitik im Kleinen, im Kommunalen, ist auch weiterhin nötig. Der Blick auf die deutsch-französische Beziehungsgeschichte der letzten 60 Jahre, auf die Städtepartnerschaften und die Jugendförderung, die die Herzen der Menschen füreinander geöffnet haben, könnten uns bei dieser schwierigen Aufgabe vielleicht einen Funken Hoffnung machen.

Ich danke Ihnen.